



## Presseschau vom 11.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

**Fjodor Lukjanow: Warum es dem Westen nicht gelungen ist, die Welt auf eine Konfrontation mit Russland einzustimmen**

Der US-geführte kollektive Westen bietet nicht mehr das einzige tragfähige Modell für eine globale Entwicklung – was bedeutet, dass seine Fähigkeit, seinen Willen durchzusetzen, zunehmend schwindet. Das hat Konsequenzen auf das Führungsrecht des Westens und auf die zukünftige Weltordnung. ...

<https://kurz.rt.com/32ak> bzw. [hier](#)

**Rachel Marsden: Die Ukraine als Wiederholung des Goldrauschs**

Die endemischen Korruptionsprobleme der Ukraine gerieten plötzlich in Vergessenheit, nachdem westliche Investoren Gewinne beim "Wiederaufbau" zu wittern begannen. Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, wurde auch das politische Flaggschiff mit dem Titel "Konferenz zu Reformen in der Ukraine" passend umbenannt. ...

<https://kurz.rt.com/32e5> bzw. [hier](#)

**Bradley Blankenship: Wenn Sanktionen nach hinten losgehen: Die EU hat keinen Plan**

Während Deutschland sein erstes Handelsbilanzdefizit seit 30 Jahren vermeldet, sehen die Aussichten für die gesamte westeuropäische Industrie ebenfalls düster aus. Die EU hat keinen Plan für ein Leben ohne billige Energie aus Russland. Was also passiert als Nächstes? ...

<https://kurz.rt.com/32ft> bzw. [hier](#)

**de.rt.com: In Zeiten des Krieges: Einheimische in Belgorod berichten über Beschuss und ethnische Spannungen**

Unser Reporter vor Ort berichtet aus einer Region, die durch einen geografischen Zufall erneut in den Mittelpunkt des Zeitgeschehens gerückt wurde. Deren Bewohner geben Zeugnis über Drohnen, Artilleriebeschuss und ethnische Konflikte.

<https://kurz.rt.com/32fl> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Entgegenkommen oder Konfrontation? China hat die USA in Bali endgültig vor die Wahl gestellt**

Die chinesischen Aussagen zu den USA und der westlichen Politik haben sich in den vergangenen Jahren immer weiter verschärft. Am Rande des G20-Treffens auf Bali sprachen nun US-Außenminister Blinken und sein chinesischer Kollege Wang Yi miteinander. Dabei könnte Entscheidendes passiert sein. ...

<https://kurz.rt.com/32hm> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**19:45 de.rt.com: Wohnviertel von Donezk: Brände und zerstörte Häuser nach ukrainischem Beschuss**

Wie der Telegram-Kanal *DNR Online* [meldet](#), sind mehrere Häuser im Kiewskij-Stadtteil von Donezk nach Beschuss durch ukrainische Truppen beschädigt worden und in Brand geraten. Der Artilleriebeschuss durch die ukrainische Seite auf die Wohnviertel würde noch

anhalten, schrieb der Kanal heute Nachmittag.

Der Telegram-Kanal *Readovka* [schreibt](#) zur Lage in Donezk:

"[...] Seit dem frühen Morgen beschießen die ukrainischen Streitkräfte die Hauptstadt der Donezker Volksrepublik mit Granaten, die in der gesamten Stadt – in den Stadtteilen Kiewskij, Kuibyschewskij, Petrowskij und Kalininskij – festzustellen sind. Auch die Städte im Hinterland wurden durch Beschuss aus großer Entfernung getroffen. Eine Recyclinganlage brennt bis auf die Grundmauern nieder, ein fünfstöckiges Wohnhaus steht in Flammen – die Feuerwehrleute beseitigen die Folgen, und ein Haus bricht vor ihren Augen zusammen.

'Der Beschuss begann – neun Stück kamen auf einmal, dann gab es eine Pause. Während wir die Feuerwehr riefen, stand das Haus in Flammen, und es brennt immer noch – das ist ja schon alles, was von diesem Haus noch übrig ist, natürlich. Nun, wir standen da, und wieder begannen die Angriffe – wir rannten wieder in den Keller. Am Anfang kamen neun, dann zehn weitere Granaten',

sagte ein Anwohner gegenüber *Readovka*.

Die Donbass-Bewohner stellten fest, dass die Ukrainer bisher nur die Außenbezirke beschossen hatten, aber jetzt zielen die Geschosse auch ins Stadtzentrum:

'Jetzt kann man nicht mehr in Ruhe rausgehen – überall gibt es Einschläge.'



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cb0adbb480cc58304ac1a6.png>

*Zerschossene und brennende Wohnhäuser in Donezk, 10.07.2022*

### 20:19 de.rt.com: **"Erschreckende Inkonzsequenz": In Deutschland wächst die Unzufriedenheit mit der Ukraine-Politik**

Umfragen beobachten einen Umschwung in der Stimmung der Bundesbürger hinsichtlich der Ukraine-Unterstützung. Experten sehen als Ursache für die zunehmende Skepsis die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation der BRD, bedingt durch die drohende Energiekrise und den weiteren Anstieg der Inflation.

Mehr als die Hälfte der Deutschen hat Zweifel an der Politik der Bundesregierung bezüglich der Situation in der Ukraine. Das berichtet *Die Welt* unter Berufung auf die Ergebnisse einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap. Insgesamt nahmen 1.327 Personen an der repräsentativen Umfrage teil. So heißt es im Bericht:

"Den Kurs der Koalition im Ukraine-Krieg stützen derzeit 39 Prozent. Bedenken dagegen melden 56 Prozent der Deutschen an."

Gleichzeitig machen sich immer mehr Bürger der Bundesrepublik Sorgen über die Folgen der Unterstützung für Kiew. Obwohl sieben von zehn Befragten ihre wirtschaftliche Lage als "gut" oder "sehr gut" bezeichnen, sieht fast die Hälfte der Befragten die Zukunftsaussichten "mit Skepsis und Besorgnis". Sie befürchten vor allem Energieengpässe und einen Kaufkraftverlust. Ferner heißt es in der Umfrage:

"Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) befürchtet, dass ihre persönliche wirtschaftliche Situation in einem Jahr schlechter sein wird als heute."

### **Unterstützung als Bürde**

Dies ist nicht die erste aktuelle Umfrage, welche die kritische Haltung der Deutschen gegenüber der Politik der Bundesregierung in der Ukraine zeigt. Am 6. Juli veröffentlichte n-tv die Ergebnisse einer vom Forsa-Institut für soziologische Forschung und statistische Analyse durchgeführten Umfrage.

Demnach glauben 69 Prozent der Deutschen nicht, dass die Ukraine in der Lage sein wird, Russland aus den besetzten Gebieten zu "verdrängen", selbst wenn der Westen Kiew mit "genügend Waffen" versorgt. Nur 26 Prozent der Befragten glauben das Gegenteil.

Außerdem wird die Möglichkeit eines militärischen Sieges der Ukraine selbst von den Befürwortern weiterer Waffenlieferungen nicht als real angesehen. Laut der Umfrage bezweifeln 56 % der Befürworter von Lieferungen, dass Kiew sich durchsetzen kann. Darüber hinaus sind 47 Prozent der Deutschen der Meinung, dass die Ukraine notfalls zu territorialen Zugeständnissen bereit sein sollte, wenn die Friedensgespräche mit Russland wieder aufgenommen werden. Die gegenteilige Ansicht vertreten 41 Prozent der Befragten, und 12 Prozent der Befragten konnten diese Frage nicht beantworten.

Gleichzeitig glauben nur 15 Prozent der Befragten, dass die Bundesregierung über ein durchdachtes Konzept und eine Strategie für die langfristige Entwicklung der deutschen Außenpolitik gegenüber Russland und der Ukraine nach dem Ende der Spezialoperation verfügt. Dagegen meinen fast drei Viertel (73 Prozent), die Bundesregierung habe keine klare Vorstellung davon, wie die deutsche Außenpolitik gegenüber Moskau und Kiew in Zukunft aussehen soll.

Wie das deutsche Institut für Weltwirtschaft (IfW) am 6. Juli feststellte, nimmt die Dynamik der Unterstützung für die Ukraine weltweit ab. Das IfW dokumentiert seit dem 24. Februar die militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe, die dem osteuropäischen Staat zugesagt wurde. In einer auf der Website der Organisation veröffentlichten Studie heißt es:

"Die Dynamik weiterer Unterstützungszusagen für die Ukraine lässt nach... Auffällig ist zudem die große Lücke zwischen zugesagter und tatsächlich geleisteter Unterstützung. Sowohl was die militärischen als auch was die finanziellen Zusagen betrifft, liegen die Leistungen unter dem, was die Ukraine laut eigener Einschätzung benötigt und was dem Land versprochen wurde."

### **Unterstützung trotzdem**

Die Verstrickung Deutschlands in den Ukraine-Konflikt und sein Festhalten am pan-westlichen Anti-Russland-Kurs trifft nach Ansicht von Experten vor allem die Bürger der BRD. Bei Einhaltung der Sanktionen droht Deutschland eine Energiekrise, deren Folgen sich nicht nur auf die Wirtschaft des Landes, sondern ebenso auf das Wohlbefinden der Bevölkerung negativ auswirken können, was auch in Berlin erkannt wurde.

Klaus Müller, Chef der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, sagte in einem Interview mit der Funke-Mediengruppe am 2. Juli, dass die bevorstehende Erhöhung der Energiepreise angesichts der Gasknappheit ein Schock für die deutschen Verbraucher sei. Er sagte voraus, dass sich die Kosten für Gas verdreifachen könnten. Müller bezweifelte jedoch, dass die Behörden in der Lage sein würden, alle deutschen Bürger zu entschädigen.

Bundeskanzler Olaf Scholz schloss in seinem Interview mit der ARD am 3. Juli die gravierenden sozialen Folgen der Heizkostenerhöhung nicht aus. So bezeichnete er insbesondere die steigenden Energiekosten als "sozialen Sprengstoff". Viele Menschen könnten es nicht bewältigen, wenn die Heizkostenrechnung plötzlich um hunderte Euro steige.

Es sei daran erinnert, dass sich die Energiesituation in Deutschland verschlechtert hat, nachdem Gazprom am 14. Juni angekündigt hatte, die Gaslieferungen über die Nord Stream-

Pipeline reduzieren zu müssen. Grund dafür war eine Verzögerung bei der Rückgabe von Gasverdichter-Einheiten, die zur Reparatur an Siemens in Kanada übermittelt worden waren, sowie die Entdeckung technischer Mängel an den Motoren.

Nach Angaben des deutschen Unternehmens kann es die Turbine aufgrund der von Kanada verhängten Sanktionen nicht nach Russland zurückschicken. In der Zwischenzeit ist bekannt geworden, dass die kanadische Regierung die Lieferung der erwarteten Turbine nach Deutschland ermöglichen will.

Trotz aller Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten für die deutsche Öffentlichkeit haben es die deutschen Behörden nicht eilig, ihre Unterstützung für die Ukraine zu verringern. So äußerte Scholz in der ZDF-Sendung "Maybrit Illner" am 7. Juli:

"Wir werden so lange solidarisch sein - das ist jedenfalls mein Wunsch - wie das notwendig ist, damit die Ukraine sich verteidigen kann gegen den furchtbaren und brutalen russischen Angriff."

### **Begründete Ängste**

Die Unzufriedenheit der Deutschen mit dem Enthusiasmus der Behörden, die Ukraine zu unterstützen, wird von russischen Experten als durchaus legitim bezeichnet. So erklärte der promovierte Politikwissenschaftler Andrei Manoilo in einem Gespräch mit RT:

"Die Unzufriedenheit wächst in der Tat, weil sich die Deutschen im Großen und Ganzen nicht um die Ukraine oder die künftige Weltordnung kümmern, wenn ihre eigenen Interessen darunter leiden. Sie kümmern sich nur um sich selbst und sehen, wie die Preise steigen und ihr Budget belasten."

Diese Ansicht vertritt auch Alexander Kamkin, Wissenschaftler Mitarbeiter am IMEMO der Russischen Akademie der Wissenschaften. Der ständige Anstieg der Preise, der Rückgang der sozialen Stabilität und die Schließung von Unternehmen in vielen Sektoren inmitten des langwierigen Ukraine-Konflikts können den Deutschen kein großes Vertrauen in den von ihrer Regierung eingeschlagenen Weg geben, meint er. Der Analyst erklärte:

"Insbesondere wird bereits davon gesprochen, dass es notwendig ist, die wirtschaftliche und die politische Komponente zu trennen. Konventionell gesprochen, unterstützen Sie bitte die Ukraine, aber warum sollten Sie einen Sanktionskrieg zum Nachteil Ihrer eigenen Interessen führen? Dies ist zum Hauptgrund für die Unzufriedenheit geworden."

Außerdem sind die deutschen Bürger, wie Andrei Manoilo betont, recht nüchtern, was das militärische und wirtschaftliche Potenzial der Ukraine und Russlands angeht, und erkennen, dass es nicht einmal richtig ist, sie zu vergleichen. Manoilo ergänzte:

"Und wenn Russland seine Ziele in der Ukraine konsequent verfolgt, wird es sie auch erreichen, trotz aller Unterstützung des Kiewer Regimes durch den Westen. Die Tatsache, dass die Deutschen nicht an einen militärischen Sieg der Ukraine glauben, ist also nur gesunder Menschenverstand."

Der RT-Gesprächspartner betonte, dass die Deutschen sehr wohl sehen, wie die Behörden in der Ukraine-Frage ständig zögern, was in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, Berlin habe keine klare Strategie in dieser Richtung. Der Politikwissenschaftler sagte weiter:

"Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland beobachten immer wieder widersprüchliche Aussagen zu Sanktionen, Waffenlieferungen und Finanzhilfen an die Ukraine. Und dieser Mangel an Beständigkeit macht ihnen Angst, denn diese Zappelerei macht die Zukunft unberechenbar."

Gleichzeitig ist er der Meinung, dass man nicht erwarten sollte, dass die Bundesregierung ihre Außenpolitik in naher Zukunft ändern wird, da sie diese mit anderen westlichen Partnern abstimmt. Der Analyst teilte abschließend mit:

"Viele westliche Politiker erwarten, dass sie, indem sie die Ukraine ihren Interessen opfern und sie unter die Walze der russischen Militärmacht werfen, diese Macht ausbluten lassen und damit einen geopolitischen Konkurrenten ausschalten. In Deutschland ist man sich jedoch darüber im Klaren, was der Weg zur Schwächung Russlands auf kurze Sicht bedeutet, und

man will nicht auf seine Bequemlichkeit verzichten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62caf0da48fbef087532a135.PNG>

Nur 41 Prozent der FDP-Anhänger geben der Ampel gute Noten. Auf dem Bild: Partei-Chef und Finanzminister Christian Lindner auf einer Pressekonferenz im März. Lindner ist klarer Befürworter der großen Finanzhilfe für die Ukraine.

#### 20:45 de.rt.com: **Sewersk: Nicht alle Bewohner wollen vor der näher rückenden Front oder "den Russen" fliehen**

Der Telegram-Kanal „Rossija/Live“ [zeigt](#) eine kurze Videoreportage aus Sewersk, westlich von Lissitschansk, das zurzeit noch von ukrainischen Einheiten kontrolliert wird. Einige wenige Einwohner, die vor den verbündeten Truppen Russlands und der Volksrepubliken fliehen wollen, sitzen in einem VW-Bus abfahrbereit.

Dabei treffen die Reporter auf zwei Bewohnerinnen, die am Zaun vor ihrem Haus stehen und offenbar die Szene beobachten. Auf die Frage, "warum sie denn nicht auch wegfahren würden, schließlich könnten sie ja sehen, 'was die Russen machen', in einem Kilometer Entfernung würden Häuser explodieren, und auf wen sie denn noch warten würden, man müsse an die Kinder denken..." antworten die beiden:

"Wohin sollen wir denn? Wozu drohen Sie uns?"

Darauf einer der Reporter: "Ich drohe Ihnen nicht, die Russen drohen Ihnen, nicht wir! Wir sind hierher gefahren, um Ihnen zu helfen. Ich frage, warum sie nicht wegfahren!"

Als deutlich wird, dass die Einwohnerinnen nicht mitkommen wollen, wendet sich der Reporter genervt ab und resümiert:

"Sie warten auf Wolodja!"

Die Reporter sprechen zuerst Ukrainisch und dann Russisch, als sie die Entgegnungen von den beiden Einwohnerinnen hören, die wiederum zuerst auch auf Ukrainisch geantwortet hatten.

#### 21:30 de.rt.com: **Siemens will Turbine für "Nord Stream" schnell liefern**

Wie die Agentur [RIA Nowosti](#) meldet, soll die Turbine für "Nord Stream" nach der Reparatur aus Kanada "so schnell wie möglich" geliefert werden, so "Siemens Energy" in einer von Reuters zitierten Erklärung.

"Unser Ziel ist es, die Turbine so schnell wie möglich an ihren Standort zu bringen", heißt es in der Mitteilung. Das Unternehmen habe erklärt, seine Experten würden an weiteren Genehmigungen und Logistikfragen arbeiten. Wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf eine Quelle berichtete, hat Kanada beschlossen, die Turbine für die Nord Stream-Pipeline nach der Reparatur zurückzugeben ([RT DE](#) berichtete). Der Quelle zufolge wird das Aggregat nach Deutschland geschickt, wo es dann an Gazprom übergeben werden sollte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cb21ba48fbef087532a149.jpg>  
Gasturbinen-Werk in Berlin-Moabit, Foto vom 16. November 2017

22:30 de.rt.com: **Eigeninitiative im Donbass: Wiederherstellung des Elektrizitätsnetzes**

Die Einwohner des befreiten Ortes Krassnij Liman warten nicht auf die Gnade der Natur und stellen die Stromversorgung der Stadt selbst wieder her. Darüber [berichtet](#) der Telegram-Kanal „Donbass reschajet“. Wladimir, ein Einwohner dieser Stadt, erklärte gegenüber dem Kanal:

"Wir stellen die Stromversorgung in Krassnij Liman wieder her. Obwohl es noch keine Spannung gibt, bereiten wir uns darauf vor, sie zu erhalten. Sobald sie auf der 'Leitungsstrecke' anliegt, schalten wir alles ein und bringen den Menschen Licht in die Häuser."

Es mangle zwar an Personal und Ausrüstung. Aber es gebe den Glauben an das Morgen.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/M4VZie1TI1GOaCSwzYNJo9Rql6CcGqTuxDyk3p5T1j-3kiEp2nztqVQIYVCPMoVzZimsVa-fRNlVH2j6JgznPojBr11LUhje9ySPHaG7Bjtu3AqWQgxMfDOzDbittv1DqPJrEi-HUeOlaAsccqGOSLTd5ksLz8p5Cg8dDkZrWgLpr3AKSKS1-O6PHiVXpSR-XMv6NXQ1kBYTQGTmFz27WbiJwj7iVorvBQA10HqGcCy-v2cxfVvgOTfsluidlErQIjGJskk6KaIrlvqwEWqy\\_iFImOm5uoOgh\\_DD8AJFnEtIJz7h6w0t8uF9s8QQzmudMVjxJxBEEweOO-5590D4Yw](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/M4VZie1TI1GOaCSwzYNJo9Rql6CcGqTuxDyk3p5T1j-3kiEp2nztqVQIYVCPMoVzZimsVa-fRNlVH2j6JgznPojBr11LUhje9ySPHaG7Bjtu3AqWQgxMfDOzDbittv1DqPJrEi-HUeOlaAsccqGOSLTd5ksLz8p5Cg8dDkZrWgLpr3AKSKS1-O6PHiVXpSR-XMv6NXQ1kBYTQGTmFz27WbiJwj7iVorvBQA10HqGcCy-v2cxfVvgOTfsluidlErQIjGJskk6KaIrlvqwEWqy_iFImOm5uoOgh_DD8AJFnEtIJz7h6w0t8uF9s8QQzmudMVjxJxBEEweOO-5590D4Yw)

22:36 de.rt.com: **Medienbericht: Brüssel will streng geheimen und spionagesicheren Bunker bauen**

Laut einem Medienbericht plant die EU wohl einen abhörsicheren Bunker zu bauen, in dem Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer streng geheime Gespräche führen können. Telefone oder etwa Uhren der Politiker sollen in dem angeblich spionagesicheren Raum verboten werden.

Die Europäische Union will 8 Millionen Euro für den Bau eines sicheren Bunkers in Brüssel ausgeben, in dem die Staats- und Regierungschefs der jeweiligen Mitgliedsländer im Geheimen tagen können. Dies geht aus einem Bericht der Online-Zeitung EUobserver hervor. Der Raum soll demnach vor elektronischen Störungen abgeschirmt sein, und sämtliche technischen Geräte müssen draußen gelassen werden. Die Nachrichtenseite behauptet, dass solche Maßnahmen gegen "russische oder andere Lauschangriffe" notwendig seien. Unter Berufung auf ein EU-Papier, in dem das Projekt beschrieben wird, berichtet EUobserver, dass der Raum für etwa 100 Personen ausgelegt sein wird, darunter für bis zu 34 Staats- und Regierungschefs und zugehörige Mitarbeiter wie etwa Protokollführer, aber auch Catering-Personal. Der Bunker, der bis 2024 gebaut werden soll, wird irgendwo im Gebäudekomplex des Europäischen Rates in der belgischen Hauptstadt untergebracht sein. Der Sitzungssaal wird zwar offline sein, aber laut dem Bericht wird er Mikrofone enthalten, die mit gesicherten Dolmetscherkabinen verbunden sind. Sowohl der Raum selbst als auch die Kabinen werden von einem "NATO-zertifizierten Isolierkäfig" umhüllt sein, um zu verhindern, dass elektromagnetische und Radiowellen aus dem Inneren nach außen dringen. Jeder, der den Bunker betreten will - selbst Reinigungskräfte -, wird demnach zusätzlich eine "SECRET EU"-Sicherheitsüberprüfung benötigen, die zweithöchste Sicherheitsstufe der EU. Dem angeblichen EU-Schreiben zufolge wird die Anlage "vor und nach den Sitzungen durchsucht, um Abhörgeräte aufzuspüren, zu lokalisieren und zu neutralisieren", und jeder, der die Kammer betreten will, muss zuvor Telefone, Laptops, Smartwatches, elektronische Schlüsselanhänger oder Hörgeräte draußen in schalldichten Schließfächern deponieren. Dieser intensive Fokus auf Sicherheit zielt darauf ab, "russische oder andere Lauschangriffe" abzuwehren, schreibt EUobserver. Es ist jedoch nicht klar, ob die EU den Bunker als Reaktion auf eine spezifische Sicherheitsbedrohung oder aus einem allgemeinen Gefühl der Vorsicht heraus errichtet.

Einzelne EU-Mitglieder haben Russland der Spionage beschuldigt, lange bevor Moskau seine Truppen in die Ukraine geschickt hatte. Und die Ausweisung von Diplomaten wegen angeblicher Spionage ist in den internationalen Beziehungen an der Tagesordnung, wobei Belgien behauptet, Anfang dieses Jahres Dutzende russischer Spione ausgewiesen zu haben. Spionage findet allerdings zwischen Verbündeten genauso oft statt wie zwischen Kontrahenten. So haben die Vereinigten Staaten um das Jahr 2014 herum [122 führende Politiker](#) der Welt abgehört. Den von der Enthüllungsplattform WikiLeaks veröffentlichten Dokumenten zufolge hat der US-Geheimdienst NSA (zu Deutsch: Nationale Sicherheitsbehörde) hochrangige Politiker sowohl in [Frankreich](#) als auch in [Deutschland](#) in großem Umfang bespitzelt. In Berlin war dies unter anderem die damalige Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#).

Auch Israel und China werden beschuldigt, Abhöraktionen in Brüssel zu betreiben. Die EU drängt Belgien seit Jahren, seine Spionagegesetze zu verschärfen, die in vielen Fällen eine straffreie Bespitzelung ermöglichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cab9f1b480cc799734e0b7.jpg>

*Sitzungssaal bei der Ankunft der Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel des Europäischen Rates in Brüssel am 20. Februar 2020*

22:50 de.rt.com: **Ukrainischer Verteidigungsminister: Ukrainische Streitkräfte haben schwere Verluste und Zermürbung zu verkraften**

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow hat erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte schwere Verluste erlitten hätten. Diese Einschätzung [äußerte](#) er in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit dem Wall Street Journal. [TASS](#) zitiert aus dem Gespräch mit dem Minister:

"Wir müssen unsere Einheiten erneuern, sie ersetzen und auch umstrukturieren, weil wir viele Verluste haben. Wir erwarten mehr gepanzerte Fahrzeuge und Waffen von unseren Partnern. Wir müssen uns an einigen Fronten neu ausrichten, unsere Befestigungen aktualisieren und eine neue operative Strategie planen."

Zuvor hatte der Sekretär des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (NSDC), Alexei Danilow, erklärt, dass die Zahl der Ukrainer, die an Kampfeinsätzen teilnehmen und in den Streitkräften und anderen Sicherheitsbehörden des Landes ausgebildet werden, rund eine Million betrage. Ukrainischen Medien zufolge habe die Zahl der Militärangehörigen in den Streitkräften vor Beginn der russischen Militäroperation bei rund 200.000 gelegen.

Der Vorsitzende der "Russischen Union der Afghanistan-Veteranen", Franz Klinzewitsch, hatte Anfang Juli die Ansicht geäußert, dass die ukrainischen Streitkräfte dreimal so viele Soldaten hätten, wie russische Truppen an der Militäroperation beteiligt sind, dass die russischen Streitkräfte ihre Unterzahl jedoch durch ihre überlegene Schlagkraft, ihren Mut und die Professionalität ihrer Soldaten und Offiziere wettmachen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cb34b9b480cc5f850333ce.jpg>

*US-Verteidigungsminister Lloyd Austin (links) schüttelt dem ukrainischen Verteidigungsminister Alexei Resnikow vor dem Treffen der NATO-Verteidigungsminister im Hauptquartier der Allianz in Brüssel die Hand, 15. Juni 2022*

**vormittags:**

7:16 (6:16) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Alliierte Truppen bereiten sich darauf vor, Sewersk zu räumen – Miroshnik**

Die fliehenden ukrainischen Militanten in Sewersk würden nur noch von ihren eigenen Sperrtruppen zurückgehalten, erklärte der LVR-Botschafter in Russland, Rodion Miroshnik, auf seinem Telegram-Kanal.

Der Diplomat stellte fest, dass in Sewersk nur Einheiten der Territorialverteidigung und hastig mobilisierten Nationalgardisten stationiert seien, während der Rest, erfahrenere Kämpfer, aus der Stadt abgezogen wurden. Miroshnik fügte hinzu, dass Erstere mit Gewalt in der Stadt festgehalten und bei Fluchtversuchen von den Sicherheitskräften der nationalen Bataillone

erschossen würden.

"Die Militanten von Asow, des Rechten Sektors und anderer nationaler Formationen befinden sich am westlichen Stadtrand und schießen buchstäblich auf ihre ‚Brüder‘, wenn sie versuchen, aus der Stadt zu fliehen. Dutzende Angehörige der Territorialverteidigung werden ‚beim Fluchtversuch‘ erschossen. Schießereien brechen zwischen ‚ihren eigenen‘ aus“, schrieb Miroshnik.

Er fügte hinzu, basierend auf den Informationen der Anwohner, dass Sewersk in den letzten Tagen von Artjomowsk aus beschossen wurde, wobei Streumunition ähnlich der in Butscha verwendeten eingesetzt worden sei, um Provokationen zu organisieren. Miroshnik ergänzte, dass die russische Koalition die Stadt noch nicht betreten habe, sich aber bereits am Stadtrand befinde und sich auf die Säuberung vorbereite.



[https://www.novorosinform.org/content/images/86/16/48616\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/86/16/48616_720x405.jpg)

#### 7:17 (6:17) novorosinform.org: **Selenskij hat den Streitkräften der Ukraine befohlen, den Süden der Ukraine zurückzuerobern – Resnikow**

Der ukrainische Generalstab werde in Kürze einen Plan für die Durchführung von Offensivoperationen für die Führung des Landes ausarbeiten.

Der Verteidigungsminister der Ukraine, Alexej Resnikow, gab bekannt, dass er von Präsident Wladimir Selenskij den Befehl erhalten habe, die von russischen Truppen kontrollierten südlichen Gebiete zurückzuerobern. Dies erklärte Resnikow am Vortag, am 10. Juli, in einem Interview mit The Times.

„Der Präsident hat den Oberbefehlshaber der Streitkräfte angewiesen, einen Plan zu entwickeln“, sagte er.

Resnikow bemerkte, dass der Generalstab in naher Zukunft einen Offensivplan für Selenskij vorbereiten werde, in dem aufgeführt werde, was die Streitkräfte der Ukraine zur Erfüllung der Aufgabe benötigen.

Der Verteidigungsminister betonte, dass die Lösung dieser Frage für die Ukraine politisch notwendig sei. Im Gegenzug sollten westliche Länder den Streitkräften der Ukraine helfen, ihre Ziele zu erreichen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/86/17/48617\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/86/17/48617_720x405.jpg)

### 6:30 de.rt.com: **USA machen Russland für Krise in Sri Lanka mitverantwortlich**

Kein Benzin, kein Gas, Stromausfälle, horrenden Preise: Seit Monaten gehen Menschen in Sri Lanka wegen der schweren Wirtschaftskrise auf die Straße. Präsident und Premier des Landes haben nun ihre Rücktritte angekündigt. Der US-Außenminister macht aber Russland für die Krise verantwortlich.

US-Außenminister Antony Blinken behauptete am Sonntag, dass die "russische Aggression" in der Ukraine für die Unruhen in Sri Lanka teilweise verantwortlich sein soll. Der Inselstaat wird seit mehreren Monaten von einer Protestwelle erschüttert. Lebensmittel- und Medikamentenknappheit, Mangel an Treibstoff und Gas sowie in die Höhe schnellende Preise haben die Menschen auf die Straße getrieben.

Die Unruhen eskalierten am Samstag, als Tausende von Demonstranten die Residenz des Präsidenten stürmten und ihn zur Flucht zwangen. Auch die private Residenz des Premierministers wurde gestürmt und schließlich in Brand gesetzt. Staatschef Gotabaya Rajapaksa und Premier Ranil Wickremesinghe kündigten am Wochenende ihren Rücktritt an. Der Inselstaat südlich von Indien mit seinen etwa 22 Millionen Einwohnern erlebt die schlimmste Wirtschaftskrise seit Erlangung der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahre 1948. US-Außenminister Blinken erklärte nun vor Reportern in Bangkok:

"Wir sehen, dass die Auswirkungen der russischen Aggression überall zu spüren sind. Sie könnte zur Situation in Sri Lanka beigetragen haben; wir sind besorgt über die Auswirkungen auf der ganzen Welt."

Er behauptete, dass die "wachsende Ernährungsunsicherheit" in der Welt "durch die russische Aggression gegen die Ukraine erheblich verschärft wurde". Blinken forderte Moskau erneut auf, 20 Millionen Tonnen Getreide aus den ukrainischen Häfen zu lassen, die seiner Meinung nach von den russischen Streitkräften im Rahmen ihrer Militäroffensive in dem osteuropäischen Land blockiert werden.

Der US-Außenminister fügte hinzu, dass auch in Thailand die Preise für Düngemittel aufgrund der angeblichen Blockade "in die Höhe geschossen" seien.

Russland bestreitet unterdessen alle Vorwürfe, die Lebensmittelexporte zu blockieren. Aus Moskau heißt es, man biete Frachtschiffen sichere Durchfahrt, aber die Ukraine hindere zivile Schiffe am Verlassen von Häfen, einschließlich Odessa. Die von Kiew verlegten Seeminen seien eine Bedrohung für die Schifffahrt in dem Gebiet.

Anfang dieses Monats sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow, einige Länder versuchten, die Frage der Lebensmittelsicherheit "auf die schlimmste Art und Weise" auszunutzen, indem sie Moskau "etwas vorwerfen, in das es nicht verwickelt ist", und indem sie die Ukraine "weißwaschen".

Sri Lanka ist im Mai zum ersten Mal in seiner Geschichte mit seinen Auslandsschulden in Verzug geraten. Anfang des Monats wurden Treibstoffrationierungen eingeführt, und

bewaffnete Polizisten sowie Soldaten wurden an Tankstellen eingesetzt. Die Krise wird auf die COVID-19-Pandemie zurückgeführt, durch die dem Inselstaat wichtige Einnahmen aus dem Tourismus entgangen sind. Eine Erhöhung der Staatsausgaben, Steuersenkungen und eine quantitative Lockerung der Geldpolitik trieben die Inflation in die Höhe. Rund 100.000 Menschen sollen am Samstag die Residenz des Präsidenten Sri Lankas in der Hauptstadt Colombo umzingelt haben. Der Politiker war zuvor in Sicherheit gebracht worden. Angesichts der Krise hatte die Regierung unter anderem den Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie mehrere Länder, etwa Indien, China und Russland, um Hilfe gebeten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cae17548fbef426d0e129e.jpg>  
Demonstranten sind am 9. Juli 2022 auf dem Gelände des Präsidentenpalastes von Sri Lanka in Colombo zu sehen.

7:30 de.rt.com: **Polens ehemaliger Präsident will Russland zerstückeln oder dessen Bevölkerung "reduzieren"**

Der ehemalige polnische Präsident Lech Walesa sagte laut [Radio Sputnik](#) in einem Interview mit [Le Figaro](#), dass die Bevölkerung Russlands auf 50 Millionen reduziert werden sollte. Seiner Meinung nach sei es notwendig, "einen Wechsel des politischen Systems" in Russland zu erzwingen und "einen Volksaufstand zu organisieren". Russland solle außerdem "zur Gewährleistung der Sicherheit in der Welt" zerstückelt werden. Er erklärte: "Entweder wir ändern das politische System Russlands oder wir reduzieren die Bevölkerung auf weniger als 50 Millionen."

Der Westen sei an einer Ausweitung seines Einflusses interessiert, erreiche dies aber hauptsächlich mit "demokratischen Methoden", fügte der ehemalige polnische Präsident hinzu.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbaeffb480cc4db5089f85.jpg>

8:10 de.rt.com: **Nord Stream für geplante Wartungsarbeiten gestoppt**

Die Gaslieferungen in die EU durch die Nord Stream-Pipeline werden vom 11. bis 21. Juli für planmäßige Wartungsarbeiten unterbrochen. Die EU-Marktteilnehmer befürchten jedoch, dass

dies die Gasknappheit in der Region verschärfen wird.

Der Betreiber der Pipeline, die Nord Stream AG, hatte zuvor mitgeteilt, dass das Unternehmen beide Stränge der Pipeline für Wartungsarbeiten einschließlich der Prüfung mechanischer Komponenten und Automatisierungssystemen anhalten wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cba5eb48fbef4da80202ce.jpg>  
*Rohrsysteme und Absperrvorrichtungen an der Gasübernahmestation der Ostseepipeline Nord Stream in Lubmin, Mecklenburg-Vorpommern*

#### 8:35 de.rt.com: **LVR-Botschafter: Ukrainische Sperrtruppen halten Sewersk**

Der Vertreter der Volksrepublik Lugansk in der Russischen Föderation Rodion Miroschnik hat mitgeteilt, dass die ukrainischen Streitkräfte Sewersk nur mit Hilfe von Sperrtruppen halten. Am Vortag berichtete der Diplomat, dass russische Truppen Grigorowka eingenommen hätten und weiter in Richtung Sewersk vorrücken würden, wobei die Offensive vom Norden der Stadt aus erfolge. Einheimische berichten, dass sich die ukrainischen Kämpfer zunehmend von Sewersk in die Vororte verlegen.

"Nur Sperrtruppen halten die fliehenden Truppen der Territorialverteidigung der Ukraine in Sewersk."

Miroschnik zufolge verbleiben in Sewersk jetzt "Einheiten der Territorialverteidigung und eilig mobilisierten Nationalgardisten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cba8c948fbef43ef570d9d.jpg>  
*Trupp der Territorialverteidigung der Ukraine*

#### 8:55 de.rt.com: **Saporoschje: Kiew verübt Anschlag auf Leiter des Bezirks Melitopol**

Kiew soll einen Mordanschlag auf den Leiter der Bezirksverwaltung Melitopol Andrei Siguta verübt haben. Das berichtete das Innenministerium des Gebietes Saporoschje. Der Beamte sei

unverletzt geblieben.

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 11.7.2022**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden** haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Altschewsk mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen** und vier Raketen abgefeuert.

Infolge von Beschuss wurden 2 Wohnhäuser zerstört, die Fensterverglasung der Altschewsker Schule Nr. 7 und des informationstechnischen Lyzeums wurden beschädigt.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 3 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Loskutowka und Woltschjarowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

8:56 de.rt.com: **Medienberichte: Saudi-Arabien erwägt Beitritt zum BRICS-Bündnis**

Saudi-Arabien und auch andere Staaten bemühen sich um einen Beitritt zum BRICS-Bündnis. Die Folgen dürften den Trend zu einer neuen multipolaren Welt und dem Ende der US-Hegemonie beschleunigen.

Das BRICS-Bündnis bereitet sich darauf vor, neue Mitglieder aufzunehmen, darunter auch Saudi-Arabien, dessen mögliche Aufnahme erhebliche Auswirkungen auf das globale geopolitische Gleichgewicht haben würde. Bei BRICS handelt es sich um einen Zusammenschluss der Wirtschaftsmächte Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Neben BRICS bemüht sich die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) auch um eine Aufnahme Saudi-Arabiens. Das Bündnis wurde im Jahr 2001 von China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan gegründet. Seit 2017 gehören der SOZ auch die verfeindeten Staaten Indien und Pakistan an.

Kürzlich erklärte Matthew Neapole, ein Experte für internationale Angelegenheiten und Mitarbeiter des Macdonald-Laurier-Instituts in Kanada, gegenüber Newsweek, dass beide Bündnisse bestrebt seien, etwa im Währungs- und Bankwesen Alternativen zu westlichen Strukturen zu unterstützen. Zuvor hatten die Deutschen Wirtschafts Nachrichten darüber berichtet.

"Die BRICS und die SOZ haben eine wichtige ideologische Gemeinsamkeit: Sie sind beide auf Multipolarität ausgerichtet, und ihre Gipfeltreffen wurden sogar zeitweise gemeinsam abgehalten."

Doch nicht nur Saudi-Arabien, sondern auch Iran hat Interesse an einem Beitritt zur SOZ und einen formellen Beitrittsprozess bereits während des letzten Gipfels der Staats- und Regierungschefs im September begonnen. Am Montag kündigte das iranische Außenministerium an, dass die Islamische Republik auch dem BRICS-Bündnis beitreten wolle. Wie der russische Außenminister Sergei Lawrow Ende Mai bekannt gab, erwägt auch Saudi-Arabien einen Antrag auf eine BRICS-Mitgliedschaft. Wang Wenbin, der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, erklärte, man habe "einen Konsens über den BRICS-Erweiterungsprozess erreicht".

Argentinien hat bereits einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, was den Status der BRICS als wichtiger Akteur in der globalen Politik befördern dürfte. Neapole ist der Ansicht, dass es noch "große Hürden zu überwinden gilt". Dennoch könne ein geschlossener SOZ-BRICS-

Block einen großen Einfluss auf die Neugestaltung der Welt haben.

"Wenn es ihm gelingt, sich als Bannerträger des Globalen Südens oder der G20 zu positionieren, starke organisatorische Mechanismen zu entwickeln und sich stärker zu integrieren, könnte er sehr einflussreich sein"

Für Saudi-Arabien dürfte vor allem der multipolare Ansatz der BRICS interessant sein. Einerseits hatte Riad über viele Jahrzehnte enge Beziehungen zu Washington gepflegt, doch in den vergangenen Jahren bemühte sich das Königreich darum, ein unabhängiger globaler Akteur zu werden und hat im weiteren Verlauf auch die Beziehungen zu Russland und China ausgebaut. Mohammed al-Hamed, Präsident der Saudi Elite Group in Riad, erklärte gegenüber Newsweek:

"Chinas Einladung an das Königreich Saudi-Arabien, den BRICS beizutreten, bestätigt, dass das Königreich eine wichtige Rolle beim Aufbau der neuen Welt spielt und zu einem wichtigen und unverzichtbaren Akteur im globalen Handel und in der Wirtschaft geworden ist."

Des Weiteren erklärte er:

"Der Beitritt Saudi-Arabiens wird das Weltwirtschaftssystem ins Gleichgewicht bringen, zumal das Königreich Saudi-Arabien der größte Ölexporteur der Welt ist und der G20 angehört."

"Wenn dies geschieht, wird dies jede wirtschaftliche Bewegung und Entwicklung im Welthandel und in der Weltwirtschaft unterstützen und bemerkenswerte Fortschritte in sozialen und wirtschaftlichen Aspekten verzeichnen, da Saudi-Arabien Partnerschaften mit jedem Land der Welt haben sollte."

Dieses Vorgehen steht im Gegensatz zu den USA, die regelmäßig Länder, die sich ihrer Politik widersetzen, durch Sanktionen ausschließt. Da die Vereinigten Staaten im globalen Finanzsystem eine bedeutende Rolle spielen, gab es bisher kaum Möglichkeiten, dies zu umgehen, doch Bündnisse wie BRICS könnten Möglichkeiten bieten, dies zu tun.

In den vergangenen Jahren spürte Iran die Vorherrschaft der USA besonders hart und suchte daher strategische Partnerschaften mit Russland und China. Die Nah-Ost-Expertin [Zakijeh Yazdanshenas](#) erklärte, in der Islamischen Republik Iran habe man eingesehen, dass die USA und der Westen dem Land niemals erlauben werden, eine Rolle als regionale Macht zu erfüllen:

"Daher haben sie beschlossen, die Versuche der USA, den Iran zu isolieren, durch eine weitere Annäherung an nicht-westliche Organisationen wie SOZ und BRICS zu neutralisieren. Außerdem betrachten die Iraner die künftige Weltordnung als östlich und versuchen, sich Organisationen anzunähern, in denen östliche Mächte wie Russland und China eine wichtige Rolle spielen."

Zudem sei Iran der einzige Produzent von Energieressourcen am Persischen Golf, der kein Verbündeter der Vereinigten Staaten sei und sich im Falle einer Eskalation des Handelskriegs zwischen Peking und Washington nicht weigern werde, Energie an China zu liefern.

Akhil Ramesh, Mitarbeiter beim Pacific Forum in Hawaii, erklärte gegenüber Newsweek zudem, dass eine Aufnahme Irans und Saudi-Arabiens in das BRICS-Bündnis aufgrund der Ölreserven ein "großer Gewinn" für die Organisation wären. Diese Reserven würden dem Bündnis auch helfen, die Hegemonie des US-Dollars über das globale Finanzsystem anzugreifen. Um den US-Dollar als globale Reservewährung abzulösen, "müssten sich mehr rohstoffexportierende Länder, vor allem Ölexporteure, für diese Idee begeistern".

China und Russland hätten daher auch ein Interesse daran, eine Koalition aus Staaten zu schaffen, "die anhängige Streitigkeiten mit dem Westen haben oder in der Vergangenheit vom Westen gedemütigt wurden", so Ramesh. Er erklärte weiterhin, dass die USA und ihre Verbündeten einen "schweren Fehler" begangen hätten, indem sie die Bedeutung der BRICS sowie der SOZ sowie der Neuen Seidenstraße übersahen. Letztere zählt etwa 148 Länder und 32 internationale Organisationen als Partner. Die USA haben demnach vor allem China

"gewaltig unterschätzt".

Ein Beitritt Saudi-Arabiens und Irans würde zwar nicht unbedingt ein Ende ihrer Rivalität in der Region bedeuten, doch Russland und China haben bereits 2017 mit der Aufnahme Indiens und Pakistans in die SOZ gezeigt, dass man in der Lage ist, rivalisierende Staaten in ein Bündnis zu integrieren. Dieser Ansicht ist auch Jaroslaw Lissowolik, ein Experte des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten:

"In dieser Hinsicht würde eine Aufnahme Irans und Saudi-Arabiens die Dinge innerhalb der BRICS nicht grundlegend ändern, da es Spielraum für unterschiedliche Ansichten gibt. Und während es bei bestimmten lokalen oder regionalen Problemen zu Meinungsverschiedenheiten kommen kann, könnte es bei globalen Fragen größere Einigkeit geben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cb328eb480cc60f26f7cd9.jpg>

*Mohammed bin Salman, Kronprinz von Saudi-Arabien*

### 9:15 de.rt.com: **Medienbericht: Taiwan dementiert Berichte über Belieferung der Ukraine mit Minengeschossen**

Taiwans Verteidigungsministerium hat Berichte über eine Lieferung von Minengeschossen im Kaliber 60 Millimeter an die Ukraine dementiert. Dies berichtete der Radiosender ICRT am Montag.

Das Dementi erfolgte, nachdem ukrainische Medien ein Foto der angeblich aus Taiwan an Kiew gelieferten Granaten veröffentlicht hatten, auf dem traditionelle (nicht vereinfachte) chinesische Schriftzeichen zu sehen sind, wie sie in Taiwan Verwendung finden.

Weiter bezeichnete die Behörde in Taipeh diese Berichte als "falsch" und betonte, dass an den gezeigten Geschossen ein anderes Seriennummernsystem als das der Streitkräfte der Insel zu sehen sei.

Taipeh hat Russlands Militäroperation in der Ukraine verurteilt und sich den Wirtschaftssanktionen gegen Moskau angeschlossen.

Peking beansprucht Taiwan als Teil Chinas, die Insel steht aber seit 1949 unter einer eigenen Verwaltung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbaaff48fbef087532a164.jpg>

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 450 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei wurden **4 Zivilisten verletzt**. 30 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Zug Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und 2 Panzerfahrzeuge, 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Perwomajskoje und Kurdjumowka wurden beseitigt.

**10:50 (9:50) novorosinform.org: Litauen hat die Liste der für die Einfuhr nach Kaliningrad verbotenen Waren erweitert**

Vilnius hat ein neues Dokument veröffentlicht, das Beschränkungen für den Transit russischer Waren durch sein Territorium festlegt.

Am Montag, dem 11. Juli, veröffentlichten die litauischen Behörden eine erweiterte Liste von Waren, deren Transport durch das Territorium des Landes in die Region Kaliningrad verboten ist, berichtet Reuters.

Laut einer litauischen Zollquelle können Zement, Holz, Alkohol und Industriechemikalien auf Alkoholbasis Beschränkungen unterliegen.

Es sei darauf hingewiesen, dass Litauen zuvor einen Plan zur Schaffung „Grüner Korridore“ in die Region Kaliningrad abgelehnt hat. Die Beraterin des Präsidenten, Asta Skaisgiryte, sagte, dass litauische Diplomaten derzeit mit der Europäischen Kommission den Text eines zukünftigen Dokuments erörtern, das Klarstellungen zum Transit liefern werde.



[https://www.novorosinform.org/content/images/86/44/48644\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/86/44/48644_720x405.jpg)

10:00 de.rt.com: **Kiew ruft Zivilisten in besetzten Gebieten im Süden zur Flucht auf**

Die ukrainische Führung hat Zivilisten im besetzten Süden des Landes wegen geplanter Armee-Offensiven zur Flucht aufgerufen. Einwohner der Gebiete Cherson und Saporoschje sollten dringend ihre Häuser verlassen – notfalls auch in Richtung der bereits seit 2014 von Russland annektierten Schwarzmeer-Halbinsel Krim, so Vize-Regierungschefin Irina Wereschtschuk.

Zuvor sagte der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow in einem Interview mit der britischen Zeitung [The Times](#), Selenskij habe das Militär angewiesen, den südlichen Teil des Landes zu befreien. Zu diesem Zweck werde eine "eine Million Mann starke, mit westlichen Waffen ausgestattete Kampftruppe" zusammengestellt.

10:00 de.rt.com: **DVR-Beamtin: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte schiebt Entscheidung über Tausende von Beschwerden auf**

Bewohner der Volksrepublik Donezk haben Tausende von Beschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, die zwar zur Prüfung angenommen wurden, über die aber noch nicht entschieden wurde. Das verkündete die Vorsitzende des Ausschusses für Straf- und Verwaltungsrecht des Volksrates der Donezker Volksrepublik Elena Schischkina gegenüber [TASS](#). Sie erklärte:

"Tausende von Beschwerden sind an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerichtet worden. Wir halfen ihnen, die erforderlichen Dokumente korrekt auszufüllen und ins Englische und Französische zu übersetzen. Alle Beschwerden von Personen, die aus dem Gebiet der DVR eingereicht wurden, wurden zur Prüfung angenommen, aber es wurde über keine von ihnen entschieden. Sie werden formal aufgeschoben. Zum Beispiel fordern sie zusätzliche Informationen, Übersetzungen. Wenn jemand beispielsweise 45 Jahre alt ist, muss er in die Ukraine fahren, um seinen Pass zu aktualisieren, die Bewohner der DVR können jedoch nicht dorthin fahren, weil fast alle von ihnen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen müssen."

Schischkina wies darauf hin, dass nur diejenigen Opfer eine Entschädigung erhalten konnten, die ihren Wohnsitz in ein Drittland verlegt hatten oder in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten geblieben waren. Schischkina fügte hinzu:

"Uns war von Anfang an klar, dass es keine positiven Entscheidungen geben würde, weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Internationale Strafgerichtshof sehr politisierte Strukturen sind, die den kollektiven russophoben Gefühlen des Westens Vorschub leisten. Daher haben wir keine einzige Entscheidung, kein einziges Urteil gesehen, das im Einklang mit dem Völkerrecht und nicht aufgrund politischer Präferenzen gefällt worden wäre."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbad4048fbef47481b0978.jpg>

*Elena Schischkina*

10:25 de.rt.com: **Medienberichte: Kanada wird Nord-Stream-Turbine nach dem 14. Juli verschifft**

Der Transport der reparierten Gasverdichtereinheit (bestehend aus einem Kompressor und einer Gasturbine) für die Pipeline Nord Stream aus Kanada könnte Mitte Juli beginnen, schreibt die Zeitung [Kommersant](#) unter Berufung auf mit der Situation vertraute Quellen. Derzeit werde die Turbine noch in Montreal getestet, wo sich die Reparaturwerkstatt der britischen Industrial Turbine Company Limited (ITCL) befindet, die zu Siemens Energy gehört. Die Verschiffung des Kompressors und der Gasturbine aus Kanada sei vorläufig für nach dem 14. Juli geplant, die Lieferung über Deutschland nach Russland soll bis zu zwei Wochen dauern, die Installation der Anlage kann einige Tage länger dauern, so Kommersant.

11:34 (10:34) [novorosinform.org](#): **Rogosin nannte Walesa nach dessen Aussage über die Reduzierung der Bevölkerung Russlands "verrückt".**

Der Chef von Roskosmos erwiderte ironisch den Vorstoß des ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Walesa über die Notwendigkeit, die Bevölkerung Russlands auf 50 Millionen Menschen zu reduzieren.

In seinem Telegram-Kanal schrieb Rogosin, dass Walesa mit seinem provokativen Angriff nur die Russen gesammelt habe.

„Nichts hält unsere Nation so zusammen wie solche provokativen Äußerungen polnischer Verrückter. Hasserziehung ist das wichtigste Werkzeug, um liberalen Rotz und Illusionen aus unserem Volk zu vertreiben.“

Rogosin fügte hinzu, dass Russland dem Ex-Präsidenten Polens und anderen wie ihm für „die patriotische Erziehung der russischen Nation“ dankbar sein sollte.



[https://www.novorosinform.org/content/images/86/48/48648\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/86/48/48648_720x405.jpg)

### 10:40 de.rt.com: **Duma-Abgeordneter: Selenskij's Befehl zur Rückeroberung der Südukraine ist Agonie**

Der Duma-Abgeordnete Michail Scheremet aus der Republik Krim bezeichnete den Befehl von Wladimir Selenskij zur Rückeroberung der von der russischen Armee befreiten Gebiete im Süden der Ukraine als politischen Niedergang. Der Duma-Abgeordnete sagte gegenüber [RIA Nowosti](#):

"Selenskij und seine kriminelle Clique verlieren an allen Fronten, treiben die Ukraine aber weiter auf den drohenden Zusammenbruch zu. Sie haben keine Chance, die von unserer Armee befreiten Gebiete zu erobern. Solche Befehle sind Teil der politischen Agonie des Selenskij-Regimes, die nicht lange anhalten wird. Diese pauschalen Aussagen haben nichts mit der Realität zu tun, denn sie haben keine Kraft, keine Möglichkeiten, keine Mittel und keinen Kampfgeist mehr."

Ihm zufolge werden keine westlichen Waffenlieferungen Russland daran hindern, die mit der militärischen Sonderoperation verfolgten Ziele zu erreichen. Scheremet fügte hinzu:

"Waffenlieferungen werden die Situation nicht ändern können. Für Selenskij ist es bereits an der Zeit, über seine Zukunft nachzudenken. Eine Reise nach Sibirien ist für ihn bereits sicher. Wir werden eine große zweiarmige Säge für ihn und Resnikow finden, damit sie mit ihrer Arbeit für ihren Verrat am ukrainischen Volk und der gesamten russischen Welt büßen können."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbbbebb480cc49f21e4bba.jpg>

g

Michail Scheremet

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Zum Stand am 11. Juli 2022** hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik **242 Ortschaften befreit.**

Grigorowka ist unter operative Kontrolle unserer Kräfte übergegangen, die Säuberung von feindlichen Elementen geht weiter.

12:20 (11:20) deu.belta.by: **Von Kaliningrad-Transit zu Verteidigungsfragen. Lukaschenko und Putin führten Telefongespräch**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko und der russische Präsident Wladimir Putin führten am 11. Juli ein Telefongespräch.

Die Staatsoberhäupter erörterten die Frage des Kaliningrader Transits ernsthaft und ausführlich: Das war eines der Hauptthemen des Gesprächs.

Die Staats- und Regierungschefs erörterten auch die Fortschritte der militärischen Sonderoperation.

Auch die Lage im postsowjetischen Raum wurde eingehend erörtert.

Ein weiteres zentrales Thema, das viel Zeit in Anspruch nahm, waren die russischen Energielieferungen nach Europa. Der russische Präsident unterrichtete seinen belarussischen Kollegen ausführlich über die aktuelle Lage. Angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten vor dem Winter - große Engpässe und eine ernste Versorgungslage im Allgemeinen - sei Russland bereit, seine Verpflichtungen zu erfüllen und auf Wunsch der westeuropäischen Länder die Versorgung mit Erdgas und anderen Energieträgern sicherzustellen.

Die Versorgung mit belarussischen Waren über die St. Petersburger Häfen und der Bau eines belarussischen Hafens in Bronk waren ebenfalls wichtige Gesprächsthemen.

Darüber hinaus setzten die Präsidenten von Belarus und Russland im Anschluss an ihr jüngstes Treffen ihre Gespräche über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen von den beiden Ländern fort.

Die Präsidenten erörterten weitere Fragen der bilateralen Beziehungen und besprachen unter anderem den Zeitplan für ihre nächsten Treffen. Auch die Lage im postsowjetischen Raum wurde eingehend erörtert.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000019\\_1657531451\\_61237\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1657531451_61237_big.jpg)

11:28 de.rt.com: **Zeitung: Deutschland soll EU-Hilfspaket über neun Milliarden Euro für die Ukraine blockieren**

Berichten zufolge blockieren die deutschen Behörden seit mehr als einem Monat die nächste

Tranche der EU-Hilfe für die Ukraine. Diese Situation dürfte einer der Gründe gewesen sein, die Selenskij dazu bewogen habe, den ukrainischen Botschafter in Berlin zu entlassen. Seit mehr als einem Monat blockieren die deutschen Behörden die nächste Tranche der EU-Hilfe für die Ukraine. Das berichtet die italienische Zeitung *Corriere della Sera*. Es handelt sich dabei um neun Mrd. Euro – Deutschland hat bislang nur die erste Tranche von einer Milliarde Euro bewilligt.

Laut dem *Corriere della Sera* sei der deutsche Finanzminister Christian Lindner nicht mit dem Vorschlag aus Brüssel einverstanden, die Hilfe für die Ukraine auf Kosten der europäischen Gesamtverschuldung zu finanzieren. Unterdessen hat Kiew erklärt, es benötige ein Rettungspaket in Höhe von fünf Milliarden Dollar pro Monat; und es gibt Spekulationen, dass die Ukraine ihre Auslandsschulden in Höhe von 900 Millionen Euro nicht begleichen könne.

Die Zeitung behauptet, dass diese Situation einer der Gründe gewesen sein dürfte, die den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij dazu veranlassten, den ukrainischen Botschafter in Berlin, Andrei Melnyk, abuberufen. Die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hatte zuvor erklärt, die EU werde der Ukraine bis Ende 2022 ein Darlehen in Höhe von neun Milliarden Euro gewähren. Während ihres Besuchs in Kiew Anfang April hatte von der Leyen dem ukrainischen Staatschef weitere finanzielle Hilfen zugesagt. Die Präsidentin der EU-Kommission sagte Ende Mai auf einer Pressekonferenz in Brüssel: "Wir schlagen vor, die bisher geleistete kurzfristige Hilfe für die Ukraine durch eine neue Sonderfinanzhilfe von bis zu neun Milliarden Euro im Jahr 2022 aufzustocken."

US-Finanzministerin Janet Yellen hatte bereits einen neuen Marshall-Plan für die Ukraine ins Gespräch gebracht. Bisher kommt die meiste Finanzhilfe für die Ukraine aus den USA.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cbda6448fbef47717e701d.jpg>

*Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij*

12:26 (11:26) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Die Streitkräfte der Ukraine erlitten schwere Verluste in der Bersich Sewersk - Russisches Verteidigungsministerium**

Die 25. Luftlandebrigade verlor etwa 70% ihres Personals.

Im Zuge der anhaltenden Angriffe der russischen Artillerie und der Luft- und Raumfahrtstreitkräfte auf die Stützpunkte der ukrainischen Truppen erlitt die 25. Brigade der Luftlandetruppen der Streitkräfte der Ukraine nur in der Umgebung von Sewersk Verluste von 70% ihres Personals. Dies wurde heute im Tagesbericht des offiziellen Sprechers des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bekanntgegeben. „Die Verluste der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Truppen in der Region Sewersk während der Kämpfe überstiegen 70% des Personals“, sagte er.

Darüber hinaus wurden am vergangenen Tag etwa 300 Kämpfer durch Angriffe der russischen Streitkräfte an den Einsatzorten von Nazis und ausländischen Söldnern in Charkow eliminiert.



[https://www.novorosinform.org/content/images/86/54/48654\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/86/54/48654_720x405.jpg)

### 11:30 de.rt.com: **Krim-Beamter: Wiedervereinigung des Südens der Ukraine mit Russland war vorbestimmt**

Die Wiedervereinigung der befreiten südlichen Gebiete der Ukraine mit Russland sei eine vorbestimmte Angelegenheit, während die Versuche der Kiewer Behörden, dies zu verhindern, zum Scheitern verurteilt seien, erklärte Oleg Krjutschkow, der informationspolitische Berater des Krim-Chefs, gegenüber [RIA Nowosti](#).

"Das Kiewer Regime hat eine Politik des Terrors, der Blockaden und der Fake News gegen die Zivilbevölkerung in den befreiten Gebieten betrieben. Die offiziellen Sprecher Kiews drohen mit einer Gegenoffensive und fordern alle auf, die Gebiete zu verlassen, da sie wissen, dass ein Referendum in den Gebieten Saporoschje und Cherson unvermeidlich ist und auf jeden Fall abgehalten wird. Die Wiedervereinigung dieser historisch russischen Gebiete mit Russland ist vorherbestimmt und die Versuche des Kiewer Regimes, dies zu verhindern, sind zum Scheitern verurteilt."

Krjutschkow zufolge werden die befreiten Gebiete nach dem Vorbild der Krim vollwertige Subjekte der Russischen Föderation werden. Der Krim-Beamte fügte hinzu:

"Die Krim war, ist und wird russisch sein. Für immer. Saporoschje und Cherson werden bereits in der großen und freundlichen russischen Familie erwartet."

### 12:31 (11:31) [novorosinform.org](#): **Im Norden der DVR kam es zu einer signifikanten Verschiebung der Frontlinie**

Der Staatschef der DVR, Denis Puschilin, erklärte, dass 243 Siedlungen bereits unter der Kontrolle der Republik stünden.

Er fügte hinzu, dass die Streitkräfte der Alliierten in naher Zukunft das Territorium der DVR vollständig befreien würden.

„Im Norden der Republik sehen wir bereits eine deutliche Veränderung der Frontlinie“, sagte Puschilin in der Sendung „Rossija 24“.

Er sagte auch, dass am Tag zuvor in Slawjansk ein großer Munitionsvorrat für M-777-Haubitzen zerstört worden sei, aus denen die Streitkräfte der Ukraine Siedlungen in der DVR beschießen. Gleichzeitig stellte Puschilin fest, dass sich die vergangene Woche aufgrund des regelmäßigen Beschusses für die Bewohner der Republik als schwierig erwiesen habe.

Das Oberhaupt der DVR sagte auch, dass die Republik angesichts der befreiten Gebiete in diesem Jahr nicht nur in der Lage sein werde, ihre eigene Ernährungssicherheit zu gewährleisten, sondern auch Getreideprodukte zu exportieren. Er fügte hinzu, dass die bereits gestartete Eisenbahnverbindung Mariupol-Wolnowacha auch mit dieser Transportart den Aufbau einer Logistikkette mit dem Süden ermöglichen werde.



[https://www.novorosinform.org/content/images/86/57/48657\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/86/57/48657_720x405.jpg)

11:45 de.rt.com: **"Weder Verstand noch Weisheit" – Russischer Senator über Forderung des polnischen Ex-Präsidenten Walesa Russland zu zerstückeln**

Wladimir Dschabarow, der erste Vize-Vorsitzende des internationalen Komitees des Föderationsrates Russlands, kommentierte die Worte des ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Walesa über die Notwendigkeit, "die Bevölkerung Russlands zu reduzieren". Er sagte, dass das polnische Spitzenamt dem ehemaligen Elektriker "weder Verstand noch Weisheit" verliehen habe. Dschabarow erklärte:

"Was kann man hier sagen. Der ehemalige Elektriker der Danziger Werft, der durch den Willen des Schicksals an der Spitze der Gewerkschaft Solidarność stand, die sich den Behörden widersetzte, wurde schließlich sogar Präsident Polens. Doch das höchste Amt im Staat hat ihm leider keinen Intellekt, keine Weisheit oder, entschuldigen Sie, keinen Verstand verliehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbc17648fbef3f0c4bf71d.jpg>

*Wladimir Dschabarow*

11:55 de.rt.com: **Alliierte Streitkräfte befreien das Dorf Bogoroditschnoje in der Donezker Volksrepublik**

Die verbündeten Streitkräfte Russlands und der Donbass-Republiken haben das Dorf Bogoroditschnoje in der Donezker Volksrepublik befreit. Außerdem werde ein starker

Brückenkopf für eine Offensive gegen Slawjansk eingerichtet, so Witali Kiseljow, ein Berater des Innenministers der LVR.

### **nachmittags:**

#### **12:01 de.rt.com: EU-Chefdiplomat beklagt sich über mangelnden Rückhalt für antirussischen Kurs durch Globalen Süden**

Im Westen wird gerne das Bild eines weltweit einheitlichen Standpunktes der "internationalen Gemeinschaft" gegen Russland gezeichnet. Doch jetzt stellt einer der hochrangigsten Vertreter des Westens dieses Bild selbst infrage.

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der EU-Kommission Josep Borrell hat nach dem Außenministertreffen der G20-Staaten auf Bali erklärt, dass der Westen "den globalen Kampf der Narrative" in Bezug auf die Ukraine verliere und weiter daran arbeiten müsse, diese Situation zu ändern. Der EU-Chefdiplomat schrieb am Sonntag in seinem Blog:

"Der globale Kampf der Narrative ist in vollem Gange, und im Moment sind wir nicht am Gewinnen. Als EU müssen wir uns weiter engagieren, um die russischen Lügen und die Kriegspropaganda zu widerlegen und deutlich zu machen, wer für die Aggression und ihre Folgen verantwortlich ist."

Borrell lobte die "konsolidierte Haltung" der G20-Länder, die alle – mit Ausnahme Russlands – in der UN-Generalversammlung die dort eingebrachte Resolution zur Verurteilung der russischen Militäroperation in der Ukraine unterstützt hatten. Borrell wies jedoch darauf hin, dass diese Einigkeit zerbreche, wenn es darum gehe, das weitere Vorgehen und die Folgen der Krise zu erörtern.

Während sich die G7 und ihre Verbündeten einig seien, was den Druck auf Russland durch Sanktionen und den Versuch, "das Regime" in Moskau zur Rechenschaft zu ziehen, angeht, scheinen andere, nämlich die Mehrheit der Staaten des "Globalen Südens", eine andere Sichtweise zu haben.

Borrell erklärte zudem, dass die meisten Länder aus einer ganzen Reihe von Gründen zurückhaltend sind, wenn es darum geht, "den Aggressor zu benennen": Einige würden die Konsequenzen für sich selbst befürchten, andere beklagten sich über "doppelte Standards", strebten danach, gute Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten, oder versuchten, ihre mutmaßlichen geopolitischen Interessen nicht zu gefährden.

In der Erklärung wurde auch der russische Außenminister Sergei Lawrow namentlich erwähnt, der nach seiner Rede das G20-Treffen wieder verlassen hatte, was Borrell als Beweis dafür deutete, "wie sehr sich Russland wirklich um multilaterale Foren" kümmere.

Russland startete seine militärische Sonderoperation in der Ukraine am 24. Februar, nachdem die Volksrepubliken Donezk und Lugansk um Hilfe bei der Verteidigung gegen die ukrainischen Streitkräfte gebeten hatten. Als Reaktion auf die russische Operation leiteten die westlichen Länder eine umfassende Sanktionskampagne gegen Moskau ein und lieferten immer mehr, auch schwere Waffen an die Ukraine.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cbe74648fbef43ef570dba.jpeg>

### 13:13 (12:13) deu.belta.by: **Russland ist bereit, Gas- und Rohstofflieferungen nach Westeuropa zu gewährleisten**

Russland ist bereit, Gas und andere Energieprodukte an westeuropäische Länder zu liefern. Das geht aus dem heutigen Telefongespräch zwischen den Präsidenten von Russland und Belarus, Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko, hervor.

Der Pressedienst des belarussischen Staatschefs hat Einzelheiten des Gesprächs zwischen den beiden Staatschefs bekanntgegeben. Eines der zentralen Themen, das lange diskutiert wurde, war die Versorgung Europas mit russischen Energieressourcen.

„Der russische Präsident hat seinen belarussischen Amtskollegen ausführlich über die aktuelle Situation informiert. Er wies darauf hin, dass Russland aufgrund der zahlreichen Schwierigkeiten im Vorfeld der Wintersaison - große Engpässe und eine ernste Versorgungslage im Allgemeinen - bereit ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen und auf Anfrage der westeuropäischen Länder Erdgas und andere Energieträger zu liefern“, teilte der Pressedienst mit.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000020\\_1657534471\\_61238\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1657534471_61238_big.jpg)

### 12:25 de.rt.com: **Über 700 antirussische Straftaten in Deutschland registriert**

Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine haben deutsche Sicherheitsbehörden 701 antirussische Straftaten registriert. Weitere 592 Straftaten hatten einen antiukrainischen Zusammenhang. In beiden Fällen handele es sich um "strafrechtlich relevante Ereignisse, die mit dem Krieg in Verbindung stehen". Zu deren Erfassung richtet das Bundeskriminalamt eine spezielle Informationssammelstelle "Isa Kiew" ein.

Die Zahlen wurden vom Bundesinnenministerium in Beantwortung einer Anfrage des AfD-Abgeordneten Petr Bystron vorgelegt und vom RedaktionsNetzwerk Deutschland

veröffentlicht.

Zuletzt hatte das Bundesinnenministerium im April 383 antirussische sowie 181 antiukrainische Straftaten in Deutschland gemeldet.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Über operative Kanäle des GZKK der DVR sind **zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung** infolge des Beschusses unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern M142 „HIMARS“ durch die BFU auf den Bezirk **Amwrowsiewka** eingegangen.

**Es starben:**

- **Männer geb. 2003, 1992 und 2003.**

Unterschiedlich schwer wurden **39 Menschen verletzt:**

- eine Frau geb. 1963;

- 38 Männer.

**Nach 4 Menschen wird gesucht.**

Alle Verletzten sind Freiwillige der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ unter befanden sich im Rahmen von humanitären Tätigkeiten zur Hilfeleistung für die Bevölkerung am Ort des Beschusses.

Die Vertretung der DVR im GZKK äußert den Verwandten und Freunden der Toten ihr tiefes Mitgefühl und wünscht den Verletzten eine möglichst schnelle Genesung.

Es gehen weiter Informationen über die Folgen von Beschuss ein.

12:10 de.rt.com: **Ukraine feuert Raketen auf humanitäres Zentrum in Cherson ab**

Die ukrainische Seite soll absichtlich eine Rakete auf ein humanitäres Zentrum in Cherson abgefeuert haben. Dort hatten sich zahlreiche Menschen versammelt. Die Rakete sei jedoch von der russischen Luftabwehr abgefangen worden. Das teilte der Leiter der zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes, Wladimir Saldo, nach Angaben der [TASS](#) mit. Er sagte:

"Eine der Raketen war auf ein humanitäres Zentrum in der Innenstadt von Cherson gerichtet, wo sich viele Menschen aufhielten. Eine zynische Zielwahl."

Am Sonntag waren Berichten zufolge vier Explosionen über Cherson zu hören, die wohl entstanden, als die Luftabwehr ukrainische Raketen abfing. Allerdings konnten nicht alle Geschosse vom Himmel geholt werden: Ein Haus, in dem eine Familie mit einem Kind lebte, wurde zerstört, zwei Personen trugen Verletzungen davon.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbf1a6b480cc6c5e79df61.jpg>

*Eine abgeschossene ukrainische Totschka-U-Rakete*

12:45 de.rt.com: **Medienberichte: Südkoreanisches Unternehmen will wichtigster**

## Waffenlieferant der NATO werden

Die südkoreanische Rüstungsfirma Hanwha Defence will zu einem der führenden Waffenlieferanten der NATO-Länder werden, denen aufgrund der Militärhilfe für die Ukraine die Arsenale ausgegangen sind. Dies berichtete am Montag die britische Zeitung [Financial Times](#).

Dem Blatt zufolge sei die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) zu dem Schluss gekommen, dass es für die EU-Länder von entscheidender Bedeutung sei, die durch die Militärhilfe für Kiew erschöpften Waffenbestände wieder aufzufüllen.

Hanwha, das auf die Herstellung von Artilleriesystemen und gepanzerten Mannschaftstransportern spezialisiert ist, kündigte an, dass es "ein glaubwürdiger NATO-Partner werden will, indem es Beziehungen zu Unternehmen in Europa aufbaut". Den Quellen der Zeitung zufolge könnten die ehemaligen Warschauer-Pakt-Länder und das Vereinigte Königreich zu Hauptkunden des südkoreanischen Unternehmens werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbd867b480cc45b14ffa70.jpg>

Ein gepanzertes Radfahrzeug Tigon 6x6 von Hanwha Defense Systems auf der internationalen Messe Defence Services Asia (DSA) 2018 im MITEC (Malaysia International Trade Exhibition Center) in Kuala Lumpur, Malaysia

## 13:59 (12:59) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Die Streitkräfte der Ukraine werden keine Gegenoffensive im Süden der Ukraine starten können – Kiwa**

Der frühere Abgeordnete der Werchowna Rada der Ukraine, Ilja Kiwa, forderte die ukrainische Bevölkerung auf, die Äußerungen von Selenskijs Team nicht mehr ernst zu nehmen.

Er äußerte sich zuversichtlich, dass die Streitkräfte der Ukraine nicht in der Lage seien, eine Gegenoffensive im Süden des Landes zu starten, über die ukrainische Politiker jetzt sprechen.

„Plötzlich wollten sie den Süden der Ukraine zurückerobern! Womit und von wem?“

Er fügte hinzu, dass mobilisierte Zivilisten, die ohne Ausbildung und Ausrüstung an die Front geschickt würden, nur "Fleisch für den russischen Fleischwolf" und leichte Beute seien. Kiwa rief dazu auf, die Kräfte vernünftiger Ukrainer für den internen Widerstand gegen das kriminelle Marionettenregime zu vereinen, das jeden Tag schwächer werde.



[https://www.novorosinform.org/content/images/86/67/48667\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/86/67/48667_720x405.jpg)

13:10 de.rt.com: **Donezk meldet drei Tote infolge von ukrainischem Beschuss mit US-Mehrfachraketenwerfern Himars**

Am 10. Juli wurden durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte mit US-Mehrfachraketenwerfern Himars drei Menschen getötet. Dies wurde am Montag von der DNR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands laut [TASS](#) mitgeteilt. Berichten zufolge wurden außerdem 39 Menschen verletzt.

13:30 de.rt.com: **Sewerodonezk: Sonderkommission wird Zerstörungen erfassen**

Eine spezielle Kommission, die durch die Regierung der Lugansker Volksrepublik aufgestellt wurde, soll die Zerstörungen der Infrastruktur der Stadt Sewerodonezk erfassen. Dies berichtete RIA Nowosti der Berater des Stadtoberhauptes Mark Worschew. Er sagte: "Die Regierung der Lugansker Volksrepublik hat ein Team geschickt, es wurden Gruppen gebildet. Man erfasst Beschädigungen von Häusern, Verglasungen, Überdachungen und Wänden."

Bereits jetzt sei laut Worschew abzusehen, dass 95 Prozent der Verglasungen in der Stadt ersetzt werden müssen.

Laut dem Bauminister der LVR Aleksei Wesjoly begann am Sonntag eine 30-köpfige Gruppe, eine Adressenliste von beschädigten Gebäuden zusammenzustellen. "Es wurde die Aufgabe gestellt, einen Überblick über die Zerstörungen in der Stadt zu verschaffen", so Wesjoly. Die Einnahme von Sewerodonezk durch die Streitkräfte Russlands und der LVR war am 25. April gemeldet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbe5e0b480cc49f21e4bcd.jpg>

Zerstörtes Wohnhaus in Sewerodonezk, Aufnahme vom 26. Juni

14:49 (13:49) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Militärs der LVR verhaftete eine Sabotagegruppe der belarussischen Nationalistenorganisation "Wolat"**

Im Bereich des Dorfes Woltschejarowka haben Einheiten der Volksmiliz der LVR eine Sabotage- und Aufklärungsgruppe belarussischer Nationalisten gefangen genommen, berichtete das Innenministerium der Republik.

Witalij Kiseljow, stellvertretender Innenminister der LVR, erklärte, dass die gefangene Gruppe im August 2020 am Putschversuch in Belarus beteiligt gewesen sei.

„Ich hoffe, dass die belarussischen Strafverfolgungsbeamten alles herausfinden und sie eine wohlverdiente Strafe erhalten werden“, zitierte ihn TASS.

Er fügte hinzu, dass die „Wolat“-Gruppierung auch am Waffenschmuggel beteiligt gewesen sei, der aus der Ukraine nach Polen und Weißrussland durchgeführt wurde.

Zuvor wurde berichtet, dass die russischen Streitkräfte zwei belarussische Söldner gefangen genommen hätten, die auf der Seite der Streitkräfte der Ukraine kämpften, darunter den Kommandeur der Wolat-Abteilung Iwan Martschuk.

Laut Andrej Marotschko, Offizier der Volksmiliz der LVR, erzählten die Söldner, die sich ergeben hatten, von der Liquidierung einer Reihe ihrer Komplizen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/86/69/48669\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/86/69/48669_720x405.jpg)

13:55 de.rt.com: **LVR: Von der Luftabwehr abgeschossene ukrainische Totschka-U-Rakete zielte auf Getreidesilos ab**

Eine der ukrainischen Totschka-U-Raketen, die am Sonntag über Lugansk abgeschossen wurden, sollte ein mit neuer Ernte gefülltes Getreidesilo zerstören. Das verkündete Andrei Marotschko, ein Offizier der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik (LVR), gegenüber der Nachrichtenagentur [TASS](http://TASS).

Nach Angaben der Agentur *LuganskInformZentr* wurden am Sonntagabend Luftabwehrsysteme über den südlichen Stadtteilen von Lugansk ausgelöst. Es wurde angenommen, dass ukrainische Totschka-U-Raketen, die aus dem ukrainisch kontrollierten Gebiet Kramatorsk abgefeuert wurden, abgeschossen wurden.

14:20 de.rt.com: **Zugverbindung zwischen Mariupol und Wolnowacha wiederhergestellt**

Der erste Nahverkehrszug von Mariupol nach Wolnowacha ist zum ersten Mal abgefahren. Dies meldete der Mariupoler Bürgermeister Konstantin Iwaschtschenko der Donezker Nachrichtenagentur (DAN). Er sagte:

"Von Mariupol nach Wolnowacha ist der erste Nahverkehrszug des Stadtbetriebs 'Donezker Eisenbahn' abgefahren. Der Zug ist genau um sieben Uhr pünktlich abgefahren. Er ist aus zwei Waggonen zusammengesetzt, die zuvor von unserer Mariupoler Lokhalle repariert und

vorbereitet wurden."

Die Fahrt in das etwa 60 Kilometer entfernte Wolnowacha soll mit vier Zwischenhalten knapp drei Stunden dauern. Die Züge fahren aus beiden Städten zweimal täglich ab. Iwaschtschenko fügte hinzu, dass demnächst eine Wiederherstellung der Bahnverbindung nach Donezk in Planung sei:

"Wir haben beschlossen, in Zukunft an der Wiederherstellung einer Direktverbindung zwischen Mariupol und der Republikhauptstadt zu arbeiten."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbf6d3b480cc2cc873f48a.jpg>  
Bahnhof von Mariupol, 26. Juni

#### 14:55 de.rt.com: **Verwaltungschef der Ortschaft Weliki Burluk im Gebiet Charkow bei Anschlag getötet**

Das Oberhaupt der Administration der Siedlung Weliki Burluk im russisch kontrollierten Teil des Gebiets Charkow ist bei einer Explosion seines Autos ums Leben gekommen. Dies meldete der Pressedienst der militärisch-zivilen Verwaltung der Region der Nachrichtenagentur TASS. Für den Anschlag wurde die Regierung der Ukraine verantwortlich gemacht:

"Die Sprengung des Autos in Welik Burluk, die zum Tod des Leiters der örtlichen Verwaltung Jewgeni Junakow führte, ist ein geplanter terroristischer Akt, der von Faschisten organisiert wurde, die in der ukrainischen Regierung sitzen."

#### 15:20 de.rt.com: **Gebietsverwaltung von Saporoschje: Selenskijs Offensive-Ankündigung zeugt von Panik**

Die Ankündigung einer angeblichen Offensive im Süden der Ukraine durch den Präsidenten Wladimir Selenskij zeuge von einer Panik der ukrainischen Regierung, sagte das Mitglied des Rats der militärisch-zivilen Verwaltung des russisch kontrollierten Gebiets Saporoschje Wladimir Rogow. Nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti sagte er:

"Selenskij und sein Team sind in Panik. Das Kiewer Regime erleidet schwere Verluste und Niederlagen an der Front. Währenddessen wird in den von der russischen Armee befreiten Gebieten das friedliche Leben aufgebaut, die Menschen wollen nicht unter die ukrainische Kontrolle zurückkehren und sehen ihre Zukunft ausschließlich in Russland."

Rogow vermutete, dass Kiew Terroranschläge in den von Russland kontrollierten Gebieten durchführt und Offensiven androht, um die Situation in den ukrainischen Gebieten unter Kontrolle zu behalten. Er führte aus:

"Sie brauchen ein Bild, um zu zeigen, wie schlecht alles in den befreiten Gebieten sei. Denn die Menschen telefonieren mit ihren Verwandten und erzählen, dass in den Gebieten Saporoschje und Cherson das friedliche Leben beginnt, die Preise sinken, während in der Ukraine das Leben von Tag zu Tag schlechter wird."

15:55 de.rt.com: **Putin und Lukaschenko erörtern gemeinsame Reaktion auf litauische Transportblockade von Kaliningrad**

Die Präsidenten Russlands und Weißrusslands, Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko, haben eine mögliche gemeinsame Reaktion auf die Blockade des Transits in das Kaliningrader Gebiet durch Litauen erörtert. Dies teilte der Pressedienst des Kremls am Montag mit. In der Erklärung hieß es laut [TASS](#):

"Der Schwerpunkt lag auf der Situation im Zusammenhang mit den von Litauen verhängten rechtswidrigen Beschränkungen für den Warentransit in das Kaliningrader Gebiet. In diesem Zusammenhang wurden einige mögliche gemeinsame Schritte erörtert."

Wie der Kreml mitteilte, wurden während des Gesprächs auch aktuelle Fragen des bilateralen Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert. Beide Seiten bekräftigten ihre Absicht, die russisch-weißrussischen Beziehungen im Sinne einer Partnerschaft und Allianz zu stärken. Es wurde vereinbart, in engem Kontakt zu bleiben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbfb8e48fbef43ef570ddd.jpg>

17:18 (16:18) [novorosinform.org](#): **Das Chemiekombinat „Asot“ kann nach der Minenräumung die Arbeit wieder aufnehmen**

Das Asot-Werk wurde nicht schwer beschädigt, sagte Nikolaj Morgunow, amtierender Leiter der Verwaltung von Sewerodonezk.

Er fügte hinzu, dass das Unternehmen nach der Minenräumung die Produktion wieder aufnehmen könne. Morgunow stellte klar, dass es für den Beginn der Produktion notwendig sei, die Trümmer zu beseitigen, das Territorium des Unternehmens zu untersuchen und die Stromversorgung wiederherzustellen.

Er erklärte, dass die Beseitigung der Trümmer auf dem Gelände des Werks bereits begonnen habe. Morgunow fügte hinzu, dass auch ein temporäres Arbeitsprojekt gestartet wurde, schreibt der Telegram-Kanal „Donbass reschajet“.

"Die Arbeitsvermittlung hat funktioniert, und die ersten 14 Personen, die den Wunsch geäußert haben, zum Wohle ihres Heimatwerks zu arbeiten, beginnen heute mit der Arbeit", sagte Morgunow.

Er ergänzte, dass diese Personen mit der Sicherung der Anlage, der Beseitigung von Trümmern und der Säuberung des Territoriums beschäftigt seien.



[https://novorosinform.org/content/images/86/80/48680\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/86/80/48680_720x405.jpg)

16:25 de.rt.com: **Reuters: Litauen erweitert Beschränkungen für den Warentransit nach Kaliningrad**

Die litauischen Behörden haben die Liste der Waren, deren Einfuhr in das Kaliningrader Gebiet aufgrund von EU-Sanktionen seit dem 11. Juli verboten ist, erweitert, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

Einem Vertreter des litauischen Zolls zufolge handelt es sich um ein Verbot der Durchfuhr von Zement, Holz, Spirituosen und Industriechemikalien auf Alkoholbasis.

Die litauische Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Laima Lutsia Andrikienė, hatte zuvor erklärt, dass das litauische Parlament die Möglichkeit diskutiere, einmalige Genehmigungen für die Durchfuhr von Zement zu erteilen.

Laut dem Abgeordneten Matas Maldeikis werden nach Zement und Alkohol am 10. August Sanktionen gegen Kohle und andere feste fossile Brennstoffe, am 5. Dezember gegen Öl und im Februar 2023 gegen Erdölprodukte in Kraft treten.

Der Zoll des Landes behauptet, dass alle Beschränkungen auf EU-Verordnungen und der Bewertung der EU-Kommission beruhen und in Absprache mit der EU-Kommission ausgearbeitet wurden.

**Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 11. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol, Bojowoje, Respublika, Wolnowacha, Ursuf, Jurjewka, Belossarajskaja Kossa, Mangusch und Nowotroizkoje wurden Maßnahmen zur Vorbereitung der Inbetriebnahme von Kommunikationsobjekten durchgeführt.

Die Reparatur der Autostraße Kremenewka – Jalta geht weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 11 Hektar Territorium untersucht und 219 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und Bedarfe der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

16:55 de.rt.com: **Electrolux Professional stellt Geschäftstätigkeit in Russland ein**

Der schwedische Hersteller von Haushaltsgeräten, Electrolux Professional, hat am Montag

seine Entscheidung bekannt gegeben, den Betrieb in Russland einzustellen und die Führung der Geschäfte dem lokalen Management zu übertragen. Das Unternehmen teilte in einer Erklärung auf seiner Webseite mit:

"Nachdem wir festgestellt haben, dass es unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich ist, die Geschäftstätigkeit in Russland fortzusetzen, stellt Electrolux Professional seine Aktivitäten in diesem Land ein. Daher überträgt Electrolux Professional seine Aktivitäten in Russland auf ein lokales Management."

Der Rückzug aus Russland wird das Unternehmen ungefähr 3,3 Millionen US-Dollar kosten, dürfte aber keine nennenswerten Auswirkungen auf den "Gewinn oder die Rentabilität" der Electrolux-Gruppe haben. Electrolux Professional hat 25 Mitarbeiter in Russland und der Umsatz in Russland machte 2021 nur ein Prozent des Gesamtumsatzes der Gruppe aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cbcf8b48fbef087532a170.jpg>

### 17:30 de.rt.com: **Erlangung russischer Staatsbürgerschaft für ukrainische Staatsangehörige vereinfacht**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat eine Anordnung erlassen, wonach ukrainische Staatsangehörige nach einem vereinfachten Verfahren in Russland eingebürgert werden können. Das entsprechende Dokument wurde auf dem russischen Portal für Rechtsinformationen veröffentlicht. Darin heißt es unter anderem:

"Es ist festzulegen, dass die Staatsangehörigen der Ukraine, der Donezker Volksrepublik, der Lugansker Volksrepublik sowie Staatenlose, die dauerhaft auf dem Gebiet der DVR, der LVR oder der Ukraine wohnen, [...] das Recht haben, die Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft nach einem vereinfachten Verfahren zu beantragen."

Bisher galt das Recht auf vereinfachte Einbürgerung für Bewohner der Donbass-Republiken und der von Russland kontrollierten Gebiete Cherson und Saporoschje.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cc23ffb480cc33ef464fa4.jpg>

**abends:**

**18:00 de.rt.com: Ukraine beziffert Anzahl vermisster Militärangehöriger mit über 7.000 Personen**

Etwa 7.200 ukrainischer Militärangehörige gelten gegenwärtig offiziell als vermisst. Dies berichtete Oleg Kotenko, der Regierungsbeauftragte für Personen, die unter besonderen Umständen verschollen sind, der ukrainischen Nachrichtenagentur Suspilne. Er sagte: "Wenn wir von Militärangehörigen sprechen, müssen wir verstehen, wer diese sind. Es gibt die Streitkräfte der Ukraine, die Nationalgarde, die Grenzwächter, den Sicherheitsdienst der Ukraine, und das sind alles unterschiedliche Institutionen. Letztere werden nicht von den Zahlen erfasst, welche die Streitkräfte melden. Die Streitkräfte der Ukraine melden zweitausend vermisste Soldaten. Nach Angaben unseres Callcenters sind es [aber] etwa 7.200 Personen."

Kotenko vermutete, dass sich wohl ein Großteil der Vermissten in russischer Kriegsgefangenschaft befindet. So gelten etwa einige Angehörige des Asow-Bataillons, das sich in Mariupol ergeben hatte, offiziell als vermisst, weil sie nach ihrer Gefangennahme keinen Kontakt zu Verwandten aufgenommen hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cc2d2e48fbef47481b09ea.jpg>

*Ukrainische Militärangehörige, die sich im Asow-Stahl-Werk in russische Kriegsgefangenschaft ergeben hatten. Einige von ihnen gelten offiziell als vermisst.*

**18:30 de.rt.com: Cherson: Anschlag auf Leiter der Gebietsverwaltung verhindert**

In der unter russischer Kontrolle stehenden Stadt Cherson ist ein Anschlag auf das Oberhaupt der regionalen militärisch-zivilen Verwaltung, Wladimir Saldo, vereitelt worden. Dies teilte der Pressedienst der Behörde auf seinem Telegram-Kanal mit:

"Dank den aufmerksamen Bewohnern von Cherson ist es gelungen, eine selbstgebaute Sprengladung, die auf der Fahrtroute des Wagens des Oberhauptes der militärisch-zivilen Verwaltung, Wladimir Saldo, gelegt wurde, aufzufinden und zu entschärfen. Einwohner von Cherson, die den verdächtigen Gegenstand fanden, informierten umgehend die Streitkräfte der Russischen Föderation über einen möglichen Anschlag. Die Bombe wurde daraufhin von Ingenieuren entschärft."

Saldo dankte den Bürgern der Stadt für ihre Hilfe. Wie sein Stellvertreter, Kirill Stremousow, der Nachrichtenagentur TASS meldete, erfüllt der Verwaltungsleiter seine Arbeitsaufgaben weiterhin.

Zuvor waren am heutigen Sonntag Anschläge auf den Leiter der Bezirksverwaltung von

Melitopol im Gebiet Saporoschje sowie den Verwaltungschef der Ortschaft Weliki Burluk im Gebiet Charkow verübt worden. Letzterer ist bei der Explosion seines Autos ums Leben gekommen.

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 11.07.22**

**Am heutigen Tag hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 100 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der Beschießungen wurden 3 Wohnhäuser beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 14 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

19:00 de.rt.com: **Medienberichte: Russland überholt Algerien bei Gaslieferungen nach Spanien**

Russland ist inzwischen der zweitgrößte Erdgaslieferant Spaniens und hat damit Algerien, den traditionellen Gasversorger des Landes, überholt. Dies berichtete Bloomberg am Montag unter Berufung auf Daten des spanischen Energieunternehmens Enagas.

Die russischen Gasexporte nach Spanien erreichten im Juni 8,7 GWh und verdoppelten sich damit gegenüber Mai. Das entspricht etwa 24 Prozent des gesamten Gasbedarfs des südeuropäischen Landes. Auf Algerien entfallen 22 Prozent, wobei die Ausfuhren des afrikanischen Landes nach Spanien im Mai von 9 auf 7,7 GWh zurückgingen. Das ist nur noch halb so viel wie im gleichen Zeitraum des Jahres 2021. Vor diesem Hintergrund bleiben die USA der wichtigste Gaslieferant für Spanien, sie decken bis zu 30 Prozent des Bedarfs. Bloomberg wies darauf hin, dass diese Zahlen mit den diplomatischen Spannungen zwischen Algerien und Spanien zusammenhängen. Diese gehen auf Äußerungen der Regierung in Madrid zurück, dass der spanische Staat eine marokkanische Initiative zur Beilegung der Streitigkeiten in der Westsahara unterstütze. Im März hatte Spaniens Premierminister Pedro Sanchez einen Brief an den marokkanischen König Mohammed VI. gerichtet. Darin betonte er, dass er die 2007 eingeleitete marokkanische Initiative mit dem Ziel der Autonomie der Sahara-Region für den ernsthaftesten, realistischsten und glaubwürdigsten Rahmen zur Lösung der strittigen Frage halte.

20:00 de.rt.com: **Ukraine fordert Kanada auf, die Rückgabe der Turbine für Nord Stream 1 zu überdenken**

Das ukrainische Außenministerium hat Kanada aufgefordert, die Entscheidung für die Rückgabe der reparierten Turbine für Nord Stream 1 an Deutschland zu überdenken, um den Sanktionsdruck auf Russland aufrechtzuerhalten. Das ukrainische Außenministerium erklärte

in einem Kommentar:

"Am 11. Juli wurde der kanadische Geschäftsträger in der Ukraine ins ukrainische Außenministerium eingeladen, um die Enttäuschung der Ukraine über die Entscheidung der kanadischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, die Rückgabe der von Siemens Energy Canada reparierten Nord Stream 1-Turbinen an Deutschland zu genehmigen."

Das Ministerium versicherte noch einmal, wie wichtig es ist, dass der Sanktionsdruck bestehen bleibe:

"Die kanadische Seite wurde aufgefordert, diese Entscheidung zu überdenken, die die euro-atlantische Einheit bei der Anwendung des internationalen Sanktionsregimes gegen Russland untergräbt und zudem die Grundlage dafür schafft, dass Russland Energie weiterhin als hybride Waffe gegen Europa einsetzen kann."

Die Vereinigten Staaten hingegen unterstützen die Entscheidung Kanadas, die Turbine an Deutschland zurückzugeben, wie der Leiter der Pressestelle des US-Außenministeriums, Ned Price, am Montag in einer schriftlichen Erklärung mitteilte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cc569848fbef43ef570e30.jpg>

### 21:00 de.rt.com: **Duda: Selenskij legt dem Parlament einen Gesetzentwurf über einen Sonderstatus für Polen vor**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat der Werchowna Rada einen Gesetzentwurf über die Gewährung eines Sonderstatus für polnische Bürger vorgelegt. Dies sagte der polnische Präsident Andrzej Duda am Montag anlässlich des Gedenktages für die Opfer des von ukrainischen Nationalisten vor 79 Jahren begangenen Völkermords an den Bürgern der Republik. Duda erklärte:

"Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat heute der Werchowna Rada einen Gesetzentwurf über die Gewährung eines Sonderstatus für Polen in der Ukraine übermittelt. Heute kann man dies als eine Situation betrachten, die derjenigen (vor 79 Jahren) entgegengesetzt war, als sie versuchten, die Polen um jeden Preis, einschließlich ihres Lebens, loszuwerden."

Der polnische Präsident fügte hinzu:

"Dies soll uns ein Zeichen sein, wenn es um Dinge geht, über die man nur schwer sprechen kann."

Wladimir Selenskij erklärte im Mai vor der Werchowna Rada, dass mit der polnischen Führung eine Vereinbarung zur Vereinfachung des Grenzübertritts zwischen den beiden Ländern getroffen worden sei. Ihm zufolge habe die aktuelle Situation "die Ukraine und Polen unfreiwillig die Streitigkeiten über ihre gemeinsame Vergangenheit vergessen lassen". Zuvor hatte Selenskij auch die Verabschiedung eines Gesetzes über erweiterte Möglichkeiten für polnische Bürger in der Ukraine angekündigt.

Während des Zweiten Weltkriegs, im Februar 1943, starteten ukrainische Nationalisten eine

Aktion zur Ausrottung der polnischen Bevölkerung von Wolhynien. Die Strafaktionen erreichten ihren Höhepunkt am 11. Juli 1943, als Abteilungen der OUN-UPA (Organisation Ukrainischer Nationalisten - Ukrainische Aufständische Armee) etwa 100 polnische Siedlungen angriffen. Bei den Opfern handelte es sich meist um Frauen, Kinder und ältere Menschen. Diese Ereignisse wurden als Massaker von Wolhynien bekannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cc66fa48fbef01e76fae25.jpg>